



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. März 2019
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

A 696 Anfrage Huser Barmettler Claudia und Mit. über den aktiven Einbezug der betroffenen Bevölkerung bei der Variantenprüfung im Projekt Spange Nord / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Claudia Huser Barmettler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Claudia Huser Barmettler: Leider hat der Regierungsrat nicht alle meine Fragen beantwortet. Noch schlimmer ist aber, dass er den Auftrag unseres Rates ignoriert. Anlässlich der Beratung der Botschaft B 108 hat unser Rat den folgenden Antrag der RUEK mit 97 zu 0 Stimmen überwiesen: „Der Kantonsrat erwartet vom Regierungsrat ein klares Informations- und Kommunikationskonzept und die rasche Aufnahme von Gesprächen mit den betroffenen Anwohnern, Quartieren usw.“. Meiner Meinung braucht es für ein solches Gespräch zwei Parteien, und es geht nicht nur um die Information. Dass zuerst eine Informationsveranstaltung durchgeführt wurde, kritisiere ich nicht. Natürlich braucht es zuerst Informationen, bevor eine Diskussion möglich ist. Das soll auch weiterhin geschehen, aber das allein reicht nicht. Warum sich die Regierung gegen diesen Teil des Auftrags so sperrt, kann ich nur zum Teil nachvollziehen, oder sieht sie so viele Mängel beim Projekt, dass sie das Gespräch meidet? In ihrer Antwort schreibt die Regierung, dass der politische Prozess erst im Herbst beginnt, wenn die Wahl der Variante klar ist. Dadurch verkennt die Regierung die Wichtigkeit und auch das Ausmass der Situation. Das zeigt auch die Antwort zu Frage 2, wonach es beim Variantenstudium um eine rein fachlich-technische Aufgabe geht und daher die Bevölkerung nicht einbezogen werden soll. Seit wann sind eine vierspurige Strasse durch ein dicht besiedeltes Quartier und eine Monster-Brücke mit mehreren Spuren eine rein fachlich-technische Aufgabe? Es geht hier um die langfristige Gestaltung zweier Quartiere. Der Variantenentscheid hat Auswirkungen für die nächsten 50 bis 100 Jahre, daher sollte die Regierung diesem Entscheid auch das notwendige Gewicht geben. Die Regierung vertritt sowohl die heutige als auch die künftige Bevölkerung. Nur schon deshalb kann ein Gespräch mit den Betroffenen erwartet werden, zumal unser Rat sogar einen entsprechenden Auftrag erteilt hat. Wir fordern nicht einmal einen Partizipationsprozess, sondern einfach Gespräche. Gemäss der Regierung ist der Einbezug der Bevölkerung nach dem Variantenentscheid geplant, weil erst dann klar ist, wer alles betroffen sein wird. Das verstehe ich nicht, es geht immer um die Bevölkerung der Stadt Luzern, insbesondere um jene vom Fluhmühle- und Maihofquartier.

Marcel Budmiger: Bei der letzten Diskussion zur Spange Nord hier im Rat wurde ich von Regierungsrat Robert Küng zurechtgewiesen, als ich die Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung gefordert habe. Er hatte damals recht. Der Kantonsrat hat nicht den Auftrag zur Mitwirkung erteilt, sondern den Einbezug der Bevölkerung. Das geschieht nun auch mit den Informationsveranstaltungen. Es mag zwar eine Wortklauberei sein, aber es ist auch eine Wortklauberei, wenn 6,5 Millionen Franken Projektplanungskosten gesprochen werden, nur

um den Verzicht dieses Projekts zu planen. Die Befürworter der Spange haben bemerkt, dass die Spange in ihrer vorliegenden Bestvariante kaum mehrheitsfähig ist. Um Zeit zu gewinnen, macht man eine Zusatzschleife. Damit werden aber auch Erwartungen geweckt, die zumindest der Regierungsrat heute nicht erfüllen will. Gemäss Auftrag muss er diese auch nicht erfüllen. Ich will dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor aber keinen Kranz winden. Er hatte zwar recht, als er erklärt hat, der Rat habe keine Mitwirkung bestellt. Aber auch ich hatte recht, als ich eine Mitwirkung gefordert habe, denn eine Mitwirkung wäre sinnvoll und möglich. Gerade jetzt, wo die verschiedenen Varianten bewertet werden, könnte die Bevölkerung sehr wohl mitreden. Die Gesamtkosten der einzelnen Projekte müssen durch Experten abgeschätzt werden, aber viele Kriterien sind hochpolitisch. Wie wichtig ist es der Bevölkerung im Fluhmühle- und Maihofquartier, innert welcher Zeit sie den nächsten Autobahnanschluss erreicht? Wie viele Tunnelportale verträgt es in unmittelbarer Nähe eines Schulhauses? Wieso will das der Regierungsrat nicht von den Betroffenen selber erfahren? Hat er Angst vor der Bevölkerung? Laut Antwort der Regierung soll erst eine Diskussion stattfinden, wenn die neue Bestvariante feststeht. Was gibt es dann noch zu diskutieren? Welche Blumenrabatten die Tunnelportale schmücken? Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit unseres Rates unter dem Einbezug der Bevölkerung etwas anderes versteht als das, was jetzt stattfindet. Die Regierung will diesen Auftrag nicht umsetzen oder zumindest nicht schon jetzt in dieser entscheidenden Phase. So bleibt der Stadtluzerner Bevölkerung nur eine Möglichkeit zur Mitwirkung: Sie kann unsere Initiative „Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn“ unterstützen. Die Bevölkerung wirkt zurzeit mehr mit, als es den Befürwortern der Spange Nord lieb sein kann.

Simon Howald: Die aktuelle Situation bezüglich Beteiligung der betroffenen Bevölkerung bei der Variantenprüfung hat Claudia Huser Barmettler bereits im Detail dargelegt. Für die GLP stellt sich zusätzlich die generelle Frage, ob das Anliegen des Einbezugs der Bevölkerung in solche politische Geschäfte derart abwegig und fremd ist. In der Stadt Bregenz funktioniert offenbar eine solche Einbindung der Betroffenen. Bei einem Planungsprozess haben sie verschiedene Modelle der Bevölkerungsbeteiligung getestet. Die Modelle reichen von Planungswettbewerben über Arbeitskreise von Interessengruppen bis zu Bevölkerungsbefragungen und Workshops für die Bevölkerung beziehungsweise Anrainer. Wäre ein solches Vorgehen nicht auch für die Spange Nord möglich? Auch in der Stadt Feldkirch sind solche Ansätze angeblich durchführbar. Sie hat in der Vergangenheit ein zukunftsorientiertes Gesamtverkehrskonzept beschlossen. Grundlage dieses einstimmigen Beschlusses bildete ein zweijähriger partizipativer Planungsprozess. In einer 65-köpfigen Begleitgruppe wurden interessierte Bürger, Vertretende von politischen Parteien, Fachleute und verschiedene Interessengruppen in die Planung mit einbezogen. In drei Mobilitätskonferenzen konnte die Gruppe bei der Erarbeitung verkehrsplanerischer Leitlinien und Zielsetzungen sowie bei der Entwicklung konkreter Handlungsfelder und Massnahmenbereiche mitwirken. Wären diese Arbeitsinstrumente auch bei uns einsetzbar? Die GLP-Fraktion ist überzeugt, dass ein solches Vorgehen auch bei uns möglich ist und sein muss und nicht nur in Österreich.

Urban Sager: Die Regierung setzt weiterhin mehr auf die Information der betroffenen Bevölkerung und weniger auf eine Diskussion. Es findet kein Dialog statt, die Bevölkerung soll sich nicht einbringen. Eine grosse Mehrheit der Stadtluzerner Bevölkerung will keine solche Autobahn durch ihre Quartiere. Sie möchte auch keine Variante mit zwei riesigen Tunnelportalen beim Schlossberg. Die Bewohner der Haldenstrasse werden ebenfalls aufgeschreckt, weil dort die Zufahrt zum Tunnel erfolgen würde. Das Problem wird also einfach Richtung Haldenstrasse und Verkehrshaus verschoben. Die Haltung der GLP irritiert uns ebenfalls. Die ökologisch orientierten Parteien waren sich darin einig, dass mehr Verkehrsfläche automatisch zu mehr Verkehr führt; es spielt keine Rolle, ob diese Fläche ober- oder unterirdisch ist. Der angekündigte Dialog ist leider weiterhin ein Monolog. Die Abwehrhaltung in der Stadt Luzern nimmt aber immer mehr zu.

Herbert Widmer: Nachdem die bürgerlichen Mitglieder der VBK in einer intensiven Sitzung den Beschlusstext zur Spange Nord so formuliert und mit 97 zu 0 Stimmen durchgebracht

haben, dass die Sorgen und Ängste der Spange-Nord-Gegner ernst genommen werden und entsprechende Gespräche geführt werden, sind auch wir Bürgerlichen sehr an der Antwort des Regierungsrates auf die vorliegende Anfrage interessiert. Die regierungsrätliche Antwort ist nicht umfassend, aber korrekt, etwas trocken und theoretisch. Ich verstehe heute, wenn in anderen Kulturkreisen ein Bräutigam voller Spannung darauf wartet, dass seine Braut den Schleier lüftet, sieht er sie doch dann zum ersten Mal. Den Spange-Nord-Gegnern muss es ähnlich gehen, wenn sie erst im Herbst erfahren, welche Variante sich durchgesetzt hat. Mir ist klar, dass sie nicht bei der Planung mitwirken können. Die bürgerlichen VBK-Mitglieder haben aber verlangt, dass die Betroffenen Fragen stellen können und Antworten erhalten. Hinter diesem Anliegen stehen wir. Mein Einsatz ist nicht auf den Wahlkampf zurückzuführen, denn wir haben uns bereits vor einem Jahr entsprechend geäußert. Wir haben die gute Hoffnung, dass es zu einer echten Kommunikation kommt.

Stefan Roth: Kommunikation ist eine der anspruchsvollsten Disziplinen im politischen Wirken. Sender und Empfänger von politischen Inhalten haben öfters unterschiedliche Wahrnehmungen. Dies führt zu Irritationen und Missverständnissen. Manchmal besteht aber auch die Tendenz, dass die jeweiligen Empfänger etwas in eine politische Botschaft oder Vorgehensweise hineininterpretieren, was so nicht angedacht ist. Um was geht es? Der Regierungsrat hat vom Kantonsrat den folgenden Auftrag erhalten: Der Kantonsrat erwartet vom Regierungsrat ein klares Informations- und Kommunikationskonzept. In den Antworten der Regierung wurde das Informationskonzept beschrieben, insbesondere in Bezug auf die Zweckmässigkeitsbeurteilungen beziehungsweise die fachliche Variantenüberprüfung. Die CVP-Fraktion begrüsst es, dass der Prozess der Überprüfung anlässlich der Informationsveranstaltungen transparent und nachvollziehbar dargestellt wird. Es besteht auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen und auch Gespräche mit den Anwesenden zu führen. Bei diesen Veranstaltungen geht es jedoch nicht darum, den Planungssperimeter massiv auszudehnen beziehungsweise den ganzen Kosmopolitanraum Luzern einzubeziehen. Hier entstand wahrscheinlich das von mir erwähnte Missverständnis, weil den Interessierten und Betroffenen die Ausgangslage der kantonalen Überprüfung zu Beginn des Prozesses nicht präzise genug mitgeteilt wurde. Die CVP-Fraktion fordert vom Regierungsrat, den eingeschlagenen Weg fortzuführen. Dieser beinhaltet den klaren Willen, die direkt Betroffenen beim politischen Meinungsbildungsprozess mitwirken zu lassen, und das im Dialog. Was die Kommunikation mit den direkt Betroffenen angeht, hat es noch Luft nach oben. Wir bleiben zuversichtlich, dass die transparente Kommunikation als wesentliches Element im weiteren Prozess erkannt wird und die Beteiligten am Schluss sagen können, dass sie ernst genommen wurden.

David Roth: Bei den 6,5 Millionen Franken, die wir hier ausgeben, handelt es sich um die sinnloseste Summe, die wir je ausgegeben haben. An den Podien der Regierungsratswahlen wurden die Kandidaten und Kandidatinnen gefragt, ob sie für die Spange Nord sind. Niemand hat sich klar dazu geäußert. Man könnte also die ganze Übung abblasen. Wir haben in den letzten drei Wochen in der Stadt Luzern Unterschriften für unsere Initiative „Spange Nord stoppen – Lebenswerte Quartiere statt Stadtautobahn“ gesammelt. Im Schlossbergquartier haben sich bei der Unterschriftenabgabe sogar Schlangen gebildet. Am ersten Tag haben wir bereits 700 Unterschriften gesammelt, nach zwei Wochen 1700. Nicht nur die Stadtbevölkerung ist gegen die Spange Nord, sondern auch viele Personen aus den Agglomerationsgemeinden. Die Luzerner Regierung scheint das ebenfalls gemerkt zu haben. Die einzige Partei, die sich noch eine Variante vorstellen kann, ist die GLP. Vielleicht wäre es an der Zeit, die Reissleine zu ziehen und die Variantenprüfung abzubrechen.

Räto B. Camenisch: Es wurde uns weisgemacht, dass es die Spange Nord braucht, was wir auch geglaubt haben. Nun heisst es, dass der Bypass auch ohne Spange Nord gebaut wird. Ich frage mich deshalb schon, ob es die Spange Nord tatsächlich braucht. Ich erinnere daran, dass es sich um ein Grossprojekt handelt. Vom Volk auf der Südseite will man aber nichts hören, obwohl es 3000 Unterschriften gesammelt hat. Das Volk und der Gemeinderat stehen hinter der Kritik, dass eine achtspurige Autobahn nicht offen durch ein städtisches Gebiet mit 15 000 Einwohnern gebaut werden soll. Es geht also nicht nur um die Spange

Nord, sondern auch die Südseite ist betroffen. Das Volk soll auf jeden Fall einbezogen werden, aber bitte auch auf der Südseite.

Hannes Koch: Der Auftrag des Kantonsrates an den Regierungsrat lautet: „... und die rasche Aufnahme von Gesprächen mit den betroffenen Anwohnern, Quartieren usw.“. Die Grünen sind der Meinung, dass der Informationsfluss stattfindet. Aber die Aufnahme von Gesprächen wird vollständig unterlassen. Bei einem Projekt, bei dem die Quartiere je nach Variante durch eine ein- bis vierspurige Autobahn getrennt werden, ist es aus unserer Sicht notwendig, die Betroffenen nicht nur zu informieren, sondern sie direkt ins Gespräch mit einzubeziehen. Sicherlich wird die Realisierung der Spange Nord nicht in der Stadt entschieden, sondern im Kanton. Die Auswirkungen sind aber ausschliesslich in der Stadt spürbar. Die Ängste der Bevölkerung sind gross, berechtigt und vor allem gerade jetzt aktuell. Egal, welche Variante weiterverfolgt wird, ob die kurze oder lange, mit oder ohne Tunnel, Ein- und Ausfahrt – es handelt sich um eine Autobahn mitten durch ein Quartier. Die Grünen würden ausschliesslich die Variante 0+ begrüßen. Wie auch immer, der Auftrag des Kantonsrates an den Regierungsrat wird nicht zufriedenstellend umgesetzt. Eine Information ist eine unidirektionale Kommunikation. Der Kantonsrat hat aber klar den Auftrag zu Gesprächen erteilt, wobei es sich um eine bidirektionale Kommunikation handelt. Wir sprechen nicht explizit von Mitwirkung, obwohl wir uns das vorstellen könnten. Aber die Sorgen und Ängste der Betroffenen müssen in die Planung mit einbezogen werden. Wir setzen uns weiterhin für die rasche Aufnahme von Gesprächen ein sowohl im Norden als auch im Süden.

Claudia Huser Barmettler: Die GLP hat ihre Meinung nicht geändert. Wir haben den Planungskredit letzten Frühling einstimmig abgelehnt, weil wir die Spange Nord als das falsche Projekt erachten. Nun werden Varianten geprüft, unter anderem die Varianten 0+ oder der lange Tunnel. Weil es aber einfach eine Lösung braucht, hat sich die GLP für den langen Tunnel ausgesprochen. Wir wollen verhindern, dass sich ein Stadt-Land-Graben auftut. Darum wollen wir Lösungen überprüfen lassen, die für den ganzen Kanton und nicht nur die Stadt infrage kommen.

Urban Frye: Leider bin ich der Einzige hier im Saal, der diese Informationsveranstaltung besucht hat. Mindestens der Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor hätte die Veranstaltung ebenfalls besuchen sollen. In der vorliegenden Antwort bezeichnet der Regierungsrat die Informationsveranstaltung als gelungen. Woher weiss er das, wenn er nicht anwesend war? Die Veranstaltung ist überhaupt nicht gelungen. Die Bevölkerung, die entlang der Spange Nord wohnt, war enttäuscht, wütend, frustriert und traurig. Die vereinigten Quartiervereine haben dies auch via E-Mail unserem Rat kundgetan. Angefangen hat es damit, dass die Betroffenen nicht an die Informationsveranstaltungen eingeladen werden sollten. Erst auf die Intervention von bürgerlichen Kantonsräten hin hat sich der Regierungsrat entschieden, die betroffene Bevölkerung einzuladen. An der Veranstaltung war zu erfahren, dass es zu einer rein technischen Überprüfung kommt und die Quartier- und Sozialverträglichkeit keine Rolle spielen. So etwas soll eine gelungene Veranstaltung sein?

Daniel Gasser: Laut Hannes Koch spürt nur die Stadt Luzern die Auswirkungen der Spange Nord. Im Norden von Luzern gibt es aber ein sehr grosses Einzugsgebiet, das auch die positiven Auswirkungen der Spange Nord spüren wird.

Daniel Keller: Die SVP-Fraktion steht hinter der Antwort der Regierung. Der Entscheid ist stufengerecht. Es braucht zuerst eine Auslegeordnung, was technisch überhaupt möglich ist. Die finanziellen Aspekte stehen nicht im Vordergrund. In einem zweiten Schritt geht der Kommunikationsprozess ins Detail, und auch die Bevölkerung wird mit einbezogen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Laut der Mobilitätsstrategie sollen wir die Stadt Luzern erreichbar halten und innerhalb der Agglomeration die Mobilität sicherstellen. Mit dem Agglomerationsprogramm haben wir unter anderem den Auftrag erhalten, die Planung der Spange Nord innerhalb des Gesamtsystems Bypass zu planen. Ihr Rat hat uns drei Aufträge erteilt: erstens die Spange Nord mit 6,5 Millionen Franken zu planen, ein Auflageprojekt auszuarbeiten und Ihrem Rat eine Botschaft für einen Sonderkredit zum Bau zur Beratung vorzulegen. Das ist jener Teil,

der die Aufgabenstellung beinhaltet, die Mobilität sicherzustellen und ein Verkehrsinfrastrukturprojekt zu planen; zweitens alle möglichen Varianten bis hin zu einem Verzicht zu prüfen und drittens mit einem Informationskonzept die betroffenen Anwohner und Quartiere zu informieren und Gespräche zu führen. Wir haben eine Differenz bei der Interpretation, weil wir davon ausgehen, dass diese Aufträge inhaltlich und zeitlich sehr unterschiedlich ablaufen. Es gibt eine grobe Unterteilung in einen technischen, einen kommunikativen und einen politischen Teil. Wir haben Ihrem Rat das Vorgehen der technischen Variantenprüfung aufgezeigt. Darüber hinaus haben wir die VBK und die betroffenen Anspruchsgruppen informiert. Wir haben den Anspruch, gut über die laufenden Prozesse zu informieren. Wir wollten Klarheit darüber schaffen, welche Varianten geprüft werden – nicht mehr und nicht weniger. Das ist uns gelungen, und zu dieser Aussage stehe ich. Wir wissen noch nicht, wer wie betroffen sein wird. Wir bearbeiten aber das Variantenstudium so weiter, dass wir Mitte April über die Phase 2 informieren können. Die Varianten und ihre Machbarkeit wurden in der Zwischenzeit bewertet. Zur Phase 3 gehört der Synthesebericht, der die verkehrstechnisch beste Variante aufzeigt. Im Herbst wird bekannt sein, welche Varianten mit ihren Vor- und Nachteilen möglich sind. Erst dann kann eine umfassende politische Interessenabwägung stattfinden. So gilt es zu entscheiden, ob zu den verschiedenen Varianten eine Vernehmlassung durchgeführt wird oder ob man sich für eine Variante entscheidet. Erst dann werden auch die Auswirkungen auf die betroffene Bevölkerung zur Diskussion gestellt. Wir haben den Auftrag, in erster Linie ein Projekt für die Mobilität sicherzustellen. Bitte lassen Sie uns nun diesen Auftrag abarbeiten. Noch etwas zum Südportal: Das Südportal liegt nicht mehr im Perimeterbereich des Bypasses. Das Bundesamt für Verkehr hat bei einem Gespräch mit der Gemeinde Kriens aufgezeigt, dass wir in der Planung der städtebaulichen Entwicklung zusammen weitergehen. Das Südportal, wie es nun vorliegt, wird jetzt aufgelegt und gebaut. Alles Weitere hängt mit der städtebaulichen Entwicklung zusammen; wir sprechen hier aber von einem Zeithorizont von 20 Jahren.